

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
Österreichischen Universitäten

Projekt Institut für Internationale Entwicklung /

Zentrum für überfachliche Forschung der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer,
Margit Franz, Irmi Hanak,

Franz Kolland (verantwortl.), René Kuppe, Brita Neuhold,

Andreas Novy, Herwig Palme,

Christof Parnreiter, Kunibert Raffer,

Andreas Schedler, Walter Schicho,

Anselm Skuhra, Sandra Zech

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig),

Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),

Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),

Helmut Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),

Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),

Dieter Rothermund (Heidelberg),

Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),

Oswaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse:
<http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep>

Gefördert aus öffentlichen Mitteln

Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich
Heft 2/2000; XVI. Jg.

Preis des Einzelhefts: DM 19,80 / öS 120,- / sFr 21,-

Preis des Jahresabonnements: DM 79,- / öS 480,- / sFr 72,-

Abonnementsbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:

Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.

Abonnementsbezug nur für Österreich:

Südwind-Buchwelt Buchhandelsbes. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien

Redaktionsadresse:

Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien

E-mail: int-entwicklung@univie.ac.at

1. Auflage 2000

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33,

D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Maltersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg

Druck: Difo-Druck OHG, Bamberg, Deutschland

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

ISSN 0258-2384

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XVI. Jg., Heft 2, 2000 Austrian Journal of Development Studies

Afrika: Bilanz und Perspektiven

Schwerpunktreakteure: Robert Kappel und Ulf Engel

Artikel	
Editorial	109
Gero Erdmann	
Hoffnung für die Demokratisierung in Afrika? Stand und Perspektiven	111
Robert Kappel	
Begründungen für die lang anhaltende Wachstumsschwäche in Afrika	129
Cord Jakobett	
Afrikanische Diskussionen zur Entwicklung des Kontinents – das Beispiel „African Renaissance“	149
Ulf Engel	
Halbzeitbilanz: Wandel und Kontinuität deutscher Afrikapolitik unter der rot-grünen Regierung, 1998–2000	161
Andreas Mehler	
Krisenprävention als neues Paradigma deutscher Afrikapolitik	175
Weitere Artikel	
Andreas Novy	
Geld ist eine Waffe, die den Gegner verwirrt	189
Waltraud Schekle	
Geldpolitik, Währungsstabilität und Entwicklung	209
Rezension	
Über Autoren und Autorinnen	233
Über Autoren und Autorinnen	236
Informationen für Autoren und Autorinnen	237

Thomas, Scott. 1996. *The Diplomacy of Liberation: The Foreign Relations of the ANC Since 1960*. London und New York: Tauris.
 Vale, Peter, Siphon Maseko. 1998. South Africa and the African Renaissance. In: *International Affairs*, Vol. 74, Nr. 2, 1998: 271–287.

*Cord Jakobkeit, Institut für Afrika-Kunde, Hamburg
 Neuer Jungfernstieg 21, D-20354 Hamburg
 e-mail: cord-jak@uni-hamburg.de*

Journal für Entwicklungspolitik XVI/2, 2000, S. 161–173

Ulf Engel

Halbzeitbilanz: Wandel und Kontinuität deutscher Afrikapolitik unter der rot-grünen Regierung, 1998–2000

1. Einleitung

Auf den ersten Blick ist die deutsche Afrikapolitik immer von einem Paradox charakterisiert gewesen: Während die Bundesrepublik Deutschland seit Dekaden nominell zu den weltweit bedeutsamsten bilateralen Entwicklungshilfegabern in Afrika zählte und einer der wichtigsten Handelspartner der Staaten Afrikas war, wurde in Medien und Wissenschaft nicht ohne Grund nahezu allen politischen Parteien ein weit reichendes Desinteresse am afrikanischen Kontinent konstatiert, das auf einen generellen Mangel an „harten“ Interessen Deutschlands bzw. seiner korporatistischen Akteure in Afrika zurückgeführt wurde (Mair 1996). Seit Herbst 1998 regiert nunmehr eine neue Regierungskoalition in Berlin, bestehend aus der unter dem Schlagwort „new labour“ angetretenen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und dem radikal-reformerischen Bündnis 90/Die Grünen (B90/Grüne), dessen Wurzeln – wenn auch nur zu einem geringeren Teil – in der bundesdeutschen Dritte-Welt-Bewegung liegen. Hat diese politische Konstellation Auswirkungen auf die Bestimmung deutscher Afrikapolitik? Welche konkreten Entwicklungen lassen sich bei Halbzeit der Legislaturperiode in der deutschen Afrikapolitik erkennen? Und wie lassen sich diese Beobachtungen in die längere Geschichte deutscher Afrikapolitik einordnen?

2. Grundlagen der rot-grünen Afrikapolitik

Das Ende des Kalten Krieges hat die internationalen Beziehungen fundamental verändert und in zahlreichen Staaten eine Neuausrichtung der Außenpolitik ermöglicht bzw. erzwungen. In Mitteleuropa hat insbesondere die Bundesrepublik Deutschland von diesen Umwälzungen profitiert, ihr Handlungsspielraum hat sich erheblich erweitert. Zwar hatte eine vorsichtige Neubestimmung der deutschen Außenpolitik bereits unter der konservativ-liberalen Regierung (1982–98) von Altbundeskanzler Helmut Kohl eingesetzt (Kaiser 1995, Katzenstein 1997, Peters 1997), im Rahmen grösstmöglicher ausserpolitischer Kontinuität war es aber vor allem die am 27. September 1998 gewählte rot-grüne Koalition aus SPD und B90/Grüne, die das neue Rollenverständnis der ausserpolitischen Elite von der Bundesrepublik als „Zivilmacht“ ausgedrückte und zum Leitmotiv erhob (zur wissenschaftlichen Begründung: Kirste/Maull 1996).

In der Kontinuität der deutschen Außenpolitik und in bewusstem Wiederanknüpfen an die Standortbestimmung der ersten SPD-geführten Nachkriegsregierung (1969–82) wurde deutsche Außenpolitik im Koalitionsvertrag vom 20. Oktober 1998 als „Friedenspolitik“ charakterisiert, die der weiteren Zivilisierung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen verpflichtet sein sollte (SPD 1998: XI/1). Entwicklungspolitik wurde in diesem Schlüsselwort als „globale Strukturpolitik“ definiert und das internationale Konzept der nachhaltigen Entwicklung zum Leitbild erhoben (SPD 1998: XI/11). Um einen höheren Grad an entwicklungspolitischer Kohärenz mit den anderen Ressorts zu erreichen, wurde dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) innerhalb der Bundesregierung die Federführung für die Entwicklungspolitik im Rahmen der Europäischen Union (EU) übertragen; erstmals wurde das BMZ auch in den Bundessicherheitsrat aufgenommen (im Wahlkampf 1994 hatte die SPD noch die Zusammenlegung von Auswärtigem Amt und BMZ nach dem Vorbild der Niederlande oder Großbritanniens ange-regt). Die seit Beginn der 1970er Jahre von allen Bundesregierungen erneuerte Absichtserklärung, das – in der Vergangenheit niemals auch nur annähernd realisierte – 0,7%-Ziel der UN zu erreichen (BMZ 1971), sollte durch eine „kontinuierliche und maßvolle Erhöhung“ der langfristigen Mittelplanung (Verpflichtungsermächtigungen) verwirklicht werden. Ferner sollte die als Steuerungsinstrument für die Südbeziehungen zentrale Außenwirtschaftsförderung reformiert werden: Hermes-Ausfuhrbürgschaften sollten nunmehr nach ökologischen, sozialen und entwicklungsverträglichen Gesichtspunkten vergeben werden. Desweiteren sprachen sich die Koalitionäre für eine internationale Entschuldungsinitiative, eine wirkungsvollere Wahrnehmung der Aufgaben der Bundesregierung in der EU und eine verbesserte Koordination aus. Schließlich votierten sie für eine Neuausrichtung der Strukturangepassungspolitik der internationalen Finanzierungsinstitutionen nach Kriterien der Entwicklungsverträglichkeit und ökologischen Nachhaltigkeit sowie die Neugestaltung internationaler Wirtschaftsregime (World Trade Organisation, WTO, bzw. das geplante Multilaterale Investitionsabkommen, MIA) nach ökologischen und sozialen Kriterien. Die aussen- und teilweise entwicklungspolitische Standortbestimmung dominierte auch die Regierungserklärung, die Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) am 10. November 1998 abgab (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.11.1998).

Die entwicklungspolitische Programmatik der Bundesregierung wurde ab Frühjahr 1999 in zahlreichen Interviews und Reden der für das BMZ zuständigen Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD) und ihrer Parlamentarischen Staatssekretärin, Uschi Eid (B90/Grüne), konkretisiert und zusammenfassend im Mai 2000 in einer entwicklungspolitischen Regierungserklärung vorgestellt.¹ Die inhaltlichen Vorgaben für die Afrikapolitik kamen dagegen zunächst aus dem Auswärtigen Amt (AA), dem mit „Joschka“ Fischer erstmals ein grüner Politiker vorstand (zunächst mit den Staatsministern Günter Verheugen, SPD, und Ludger Volmer, B90/Grüne). In einer Rede beim Jahresempfang der Deutschen

Afrika-Stiftung plädierte Außenminister Fischer am 27. Januar 1999 für ein wertorientiertes Afrikakonzept, „das in erster Linie auf die Förderung der Menschenrechte und die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen gerichtet ist“.² Im Detail propagierte er vier Grundprinzipien deutscher Afrikapolitik: Krisenprävention, Menschenrechte, Entschuldung und nachhaltige Entwicklung.

Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung sollten zum zentralen Thema der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 gemacht werden. Im Vordergrund eines in der Tradition des UN-Diskurses der 1990er Jahre stehenden Verständnisses von Konfliktprävention sollte die regionale Zusammenarbeit in Afrika selbst stehen – unter der Maxime „Afrikanische Konflikte erfordern Lösungen, bei denen Initiative und Verantwortung vor allem bei den Afrikanern liegt ...“ (siehe den Beitrag von A. Mehler). Beim Thema „Förderung von Demokratie und Menschenrechten“ verwies Fischer auf den von der Bundesregierung angeregten Menschenrechtsbericht der EU, die Notwendigkeit der Einhaltung international anerkannter Mindeststandards und die Verstärkung der weltweiten Demokratieförderung (zur deutschen Praxis vgl. Betz 1996). Bei der Verankerung von Rechtsstaatlichkeit sollten Frauenrechte einen Schwerpunkt bilden – keine Erwähnung fand in dieser Rede die Praxis der entwicklungspolitischen Konditionalität, also die Frage der Operationalisierung dieser Ziele (vgl. Hofmeier 1990b). Drittens sprach sich der Minister für eine „Initiative zur deutlichen Entlastung hochverschuldeter, ärmster Entwicklungsländer“ aus, einen Stop beim Abwärtstrend der Entwicklungshilfe, für größere Effizienz und Kohärenz sowie eine Erweiterung des Handelsaustausches, unter anderem mittels privilegierten Marktzuganges unter dem Post-Lomé-Vertrag zwischen der EU und den AKP-Staaten. Fischer hob aber auch die Bedeutung eines günstigeren Investitionsumfeldes in Afrika hervor. Unter dem Stichwort „nachhaltige Entwicklung“ wurde schließlich unter anderem der Kampf gegen die Ausbreitung der Wüsten hervorgehoben und auf die Ansiedlung des UN-Wüstensekretariats in Bonn verwiesen.

Gut ein Jahr später, während seiner ersten Afrikareise³, skizzierte Außenminister Fischer am 31. März 2000 die Grundlagen der rot-grünen Afrikapolitik noch einmal, wobei die Wahl der Worte und Schwerpunkte gleichermaßen eine Anpassungsleistung an die afrikapolitische Realität wie eine weitere Konkretisierung der eigenen Programmatik erkennen liess.⁴ Wie nahezu alle seine Amtsvorgänger sprach sich der grüne Außenminister für ein solidarisches und partnerschaftliches Verhältnis zu Afrika aus, rückte seine Ausführungen aber stärker in den europäischen Gestaltungskontext deutscher Politik.⁵ Afrikapolitik müsse im Spannungsfeld zwischen universellen Werten und eigenen afrikanischen Ansätzen eine neue Balance finden, mit Hilfe eines „aufrichtigen und ernsthaften Dialog[s]“, unter Anerkennung der gegenseitigen Interessenlagen und in wechselseitigem Respekt.“ In diesem Kontext benannte Fischer drei Leitprinzipien deutscher Afrikapolitik: Demokratisierung, Sicherheit und Stabilität sowie nachhaltige Entwicklung. Teilweise auch in Reaktion auf kritische

Stimmen, die im Umfeld der Reise in der deutschen Presse erhoben wurden, verwarf Fischer die Idee eines Gesamtkonzepts für Afrika, „von Kairo bis Kapstadt“. Stattdessen sprach er sich dafür aus, differenzierte länder- und regionalspezifische Antworten zu entwickeln (er gestand damit allerdings auch ein, dass im Auswärtigen Amt weder regionale noch kontinentale Konzepte für Afrika vorlagen). Als wichtigstes Ziel deutscher Afrikapolitik definierte Fischer eine vorsichtige und undogmatische Hilfe bei der Stabilisierung von Demokratie und der Förderung der Herrschaft des Rechts und der Menschenrechte in Afrika, die allein ihm als „unverzichtbare Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft, für private Investitionen, für Arbeitsplätze und damit auch für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und Überwindung der Armut“ galten. Im Prinzip bekannte sich der grüne Minister damit zum *good governance*-Diskurs der frühen 1990er Jahre, wobei er die Achtung der Menschenrechte, Rechtstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Partizipation der Bevölkerung und Unabhängigkeit der Medien als nichtverhandelbare universelle Konstanten vorgab.⁶

In Fischers Rede vom März 2000 rückte die Forderung nach „Sicherheit und Stabilität“ zu Gunsten des 1999 gebrauchten eher strategischen Begriffs der Krisenprävention in den Vordergrund, wenngleich er im Wesentlichen die selben Gedanken propagierte wie im Vorjahr und insbesondere auf die primäre Verantwortung von Afrikanern für die Lösung afrikanischer Konflikte abhob, also das international populäre Prinzip der *ownership* bediente. Dies sollte vor allem durch die Aktivitäten von Regionalorganisationen wie OAU (Organisation of African Unity) oder SADC (Southern Africa Development Community) erfolgen, wobei Fischer folgende operative und -bewältigung, vertrauensbildende Maßnahmen, die Entwicklung von Standards im Minderheitenschutz und den Abbau der Potenziale an kleinen und leichten Waffen. Eine entscheidende Rolle für die Sicherheit und Stabilität in Afrika, so der Minister, spielten Staaten wie Südafrika und Nigeria: „Von ihrer inneren Stabilität, vom Zustand ihrer Demokratie und Wirtschaft hängt das Schicksal ihres regionalen Umfeldes maßgeblich ab.“ Schließlich wurden die entwicklungs- und aussenhandelspolitischen Aussagen unter der Überschrift „nachhaltige Entwicklung“ zusammengefasst. Hier wiederholte Fischer die Absichtsbekundungen, den Staaten Afrikas – trotz leerer öffentlicher Kassen – „durch Unterstützung bei den inneren Reformen und durch die Öffnung ihrer Märkte eine fairere Teilhabe an der Entwicklung der Weltwirtschaft zu ermöglichen.“ Dies sollte unter anderem durch eine internationale Entschuldungshilfe, die Fortentwicklung des Lomé-Abkommens und die technische Verbesserung der Verhandlungsfähigkeit der Staaten Afrikas bei den WTO-Verhandlungen geschehen.

3. Afrikapolitik = Handel, Hilfe + Symbolismus?

Wenn auch mit einiger Verzögerung, so hat die rot-grüne Koalition in diesen Dokumenten doch sehr klar den Rahmen ihrer afrikapolitischen Identität umrissen. Wie aber wurden diese Absichtserklärungen nun in konkrete Afrikapolitik umgesetzt? Wo lassen sich aus empirischer Perspektive die tatsächlichen Schwerpunkte der rot-grünen Afrikapolitik verorten? Um diese Fragen beantworten zu können, soll der Blick im Folgenden auf drei Ebenen von Afrikapolitik – Aussenhandel, Entwicklungszusammenarbeit und Schlüsselthemen – gerichtet werden.

3.1 Handel

Traditionell kommt Afrika im bundesdeutschen Aussenhandel eine nur sehr nachgeordnete Bedeutung zu. Der Handel ist durch die Konzentration auf einige wenige Staaten und Produkte gekennzeichnet (Hofmeier 1990a). Längst vorbei sind die Zeiten, in denen der afrikanische Kontinent nicht nur versprach, als wichtiger Rohstofflieferant Bedeutung zu erlangen, sondern auch als Absatzmarkt für die expandierende bundesdeutsche Industrie als ein attraktives Feld erschien (Hofmeier 1981). Seinen prozentual größten Anteil an den bundesdeutschen Exporten erreichte Afrika (inkl. Nordafrika) mit 6,0% 1954, bei den Importen aus Afrika wurde der höchste Anteil mit 9,1% bereits 1950 erzielt. Seit der Unabhängigkeitswelle zu Beginn der 1960er Jahre ging die relative Bedeutung Afrikas als Markt und Bezugsquelle von Rohstoffen kontinuierlich zurück: In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre machten das Afrikageschäft nur noch ca. vier Prozent aller bundesdeutschen Exporte aus, bei den Importen ging der Anteil weniger rapide auf knapp über acht Prozent zurück. In den 1990er Jahren pendelte der Exportanteil des subsaharischen Afrika (SSA) um die 2%-Marke, die Importe aus Afrika gingen weiter kontinuierlich zurück und liegen seit 1998 unter 2% (Statistisches Bundesamt: <http://www.statistik-bund.de/>, BMWi: <http://www.bmwi.de/>). Außer 1960 importierte die Bundesrepublik regelmäßig mehr als sie ausfuhrte, wobei sich die Schere nach 1960 durch die Aufnahme von Rohöllimporten aus Algerien, Libyen und Nigeria weiter öffnete. Ansonsten war der Aussenhandel wesentlich durch die Einfuhr von Rohstoffen wie Eisen-erzen, Rohkakaos, Bau- und Nutzholz sowie Baumwolle geprägt. Das Ausfuhrgeschäft wurde in dieser Phase durch Kraftfahrzeuge und den Maschinenbau dominiert. Neben den Rohöllieferanten prägten in den 1960er Jahren vor allem Südafrika, Zambia, Liberia und die Côte d'Ivoire die bundesdeutschen Importe aus Afrika; als Abnehmer dominierte Südafrika, gefolgt von Nigeria, Libyen und Algerien (Winkler 1984: 193–196). Prinzipiell hat sich an diesem Beziehungsmuster seither wenig geändert: Auch Ende der 1990er Jahre dominieren die Staaten Nordafrikas, die Erdöl exportierenden Staaten sowie Südafrika und Nigeria die Handelsstatistik, wenn auch auf einem in Relation zum gesamten Aussenhandel niedrigeren Niveau (siehe Tabelle 1). 1999 bestanden 32,6% der

deutschen Einfuhr aus Afrika aus Rohöl (Libyen, Nigeria, Algerien, Angola, Tunesien, Gabun, Kamerun, Rep. Kongo). Weitere Haupteinfuhrgüter waren Kakao, Kaffee, Süßfrüchte, Holz sowie Gold und Ferrochrom (BMWi 2000).

Tabelle 1: Schwergewichte im bilateralen Handel zwischen Deutschland und Afrika (in Mio. DM bzw. % von Afrika), 1997–99

	1997		1998		1999	
	Exporte	Importe	Exporte	Importe	Exporte	Importe
Nigeria	1.267,1 7,26%	1.531,0 9,46%	1.135,0 6,08%	563,0 3,71%	1.234,2 6,31%	381,3 2,29%
Südafrika	5.886,0 33,71%	3.559,0 21,98%	6.343,6 33,98%	4.218,5 27,83%	6.144,9 31,41%	4.945,0 29,73%
OEAC*	8.211,3 47,04%	8.652,8 53,44%	8.845,6 47,38%	6.997,2 46,16%	9.166,0 46,86%	8.137,4 48,93%
SSA	9.808,3 56,19%	8.716,5 54,11%	10.238,5 54,84%	8.329,0 54,94%	10.811,6 55,27%	8.974,3 53,96%
Afrika	17.456,9 100%	16.192,1 100%	18.671,2 100%	15.159,8 100%	19.562,0 100%	16.630,6 100%

* Ölexportierende Staaten Afrikas (inkl. Nordafrika): Ägypten, Algerien, Angola, Congo, DR Congo, Gabun, Kamerun, Libyen, Nigeria und Tunesien.

Quelle: BMWi (<http://www.bmw.de/>)

3.2 Hilfe

Zwar zählt die Bundesrepublik zu den wichtigsten bilateralen Gebern von Entwicklungshilfe in Afrika: So rangierte sie im Durchschnitt der Jahre 1995/96 und 1997/98 mit einem Anteil von 11,65% bzw. 10,73% am Gesamthilfenaufkommen der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) jeweils hinter Frankreich auf dem zweiten Platz (vgl. <http://www.oecd.org/dac/htm/dacstats.htm#Dactables>). Dennoch ist der Anteil der öffentlichen Hilfe (ODA) am Bruttosozialprodukt in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen und war 1999 mit 0,26% so weit vom proklamierten 0,7%-Ziel (BMZ 1971) entfernt wie nie zuvor (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: ODA-Anteil am deutschen Bruttosozialprodukt (in %), 1990–99

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
BSP	0,42	0,40	0,38	0,36	0,33	0,31	0,33	0,28	0,26	0,26

Quelle: BMZ (<http://www.bmz.de/>).

Diese Entwicklung ist Ausdruck einer weiteren Marginalisierung des afrikanischen Kontinents in der deutschen EZ. In einem seit 1989/90 dramatisch veränderten internationalen Bezugsrahmen – Stichworte: deutscher Einigungs-

prozess, Zerfall der Sowjetunion und die im zweiten Golfkrieg symbolisierte globale Pax Americana – hat Deutschland nach einem neuen außenpolitischen Standort gesucht und versucht, seine diesbezügliche Identität neu zu bestimmen. In der Praxis hat dies unter anderem zu einer Verlagerung des Interesses in Richtung Südosteuropa und Mittelasien geführt und sich konkret auch in der EZ ausgewirkt. Zudem verringerte sich der haushaltspolitische Handlungsspielraum der Regierung in den 1990er Jahren, bis hin zum heutigen strikten Sparkurs: Seit 1992 wurde der BMZ-Haushalt insgesamt viermal real gegenüber dem Vorjahresbudget gekürzt. Der Anteil des subsaharischen Afrika an den Gesamtausgaben des BMZ blieb bei diesen Sparrunden mit 26–29% zwar relativ stabil, Kritiker wiesen aber auf die zwischenzeitliche Verringerung der Neuzusagen hin (1995: 21,5%, 1997: 18,7%, 1998 jedoch wieder 26,1%; <http://www.bmz.de>).

3.3 Schwerpunktbildung

Als wichtigste Schlussfolgerung aus dieser prekären Lage leitete das BMZ im Mai 2000 die Notwendigkeit ab, die Zahl der Empfängerländer und die Bandbreite der jeweils vereinbarten EZ zu verringern (Regierungserklärung 2000). Mit dem Ziel, die „Signifikanz und Wirksamkeit der EZ“ zu steigern, schloss das BMZ sich somit einem internationalen Trend an und reduzierte die Zahl der Empfängerländer von 118 auf 70 so genannte Partnerländer (allerdings ohne Transformationsländer GUS/Osteuropa und „Stabilitätspakt Südosteuropa“). Das BMZ bestimmte

1. Schwerpunktländer, die in den Genuss des gesamten entwicklungspolitischen Instrumentariums kommen sollten, allerdings begrenzt auf drei thematische Schwerpunkte (weitest waren dies 38 Staaten, in SSA 15),
2. Partnerländer, in denen sich die EZ möglichst auf nur einen Schwerpunkt konzentrieren sollte (6 aus 32), sowie
3. potenzielle Kooperationsländer, bei denen eine EZ zwar grundsätzlich als sinnvoll erachtet wird, aber erst unter veränderten Rahmenbedingungen (10 aus 14; siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Künftige Länderschwerpunkte deutscher EZ in Afrika, 2000

Schwerpunktländer (15)	Partnerländer (6)	potenzielle Kooperationsländer (10)	keine EZ (16)
Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana, Kamerun, Kenya, Malawi, Mali, Moçambique, Namibia, Rwanda, Südafrika, Tansania, Uganda und Zambia	Chad, Guinea, Lesotho, Madagaskar, Niger und Senegal	Äthiopien, Eritrea, Angola, Burundi, DR Congo, Nigeria, Sierra Leone, Sudan, Togo und Zimbabwe	Äquatorial-Guinea, Botswana, Cape Verde, Comoren, Congo, Djibouti, Gambia, Gabun, Guinea-Bissau, Liberia, Mauritius, São Tomé/Príncipe, Seychellen, Somalia, Swaziland und ZAR

Anm.: Die Gesamtzahl der erfassten subsaharischen Staaten beträgt damit 47. Mauretanien gilt als Partnerland in der Kategorie „Mittelmeer, Nah- und Mittelost“ [sic]. Als Département der Französischen Republik hat Réunion den Status eines abhängigen Gebietes.

Quelle: BMZ 2000

Kriterien für die Zuordnung der einzelnen Staaten waren erstens die „Erforderlichkeit“ von EZ im Hinblick auf Deutschlands wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische Gestaltungsziele und Interessen; zweitens die eigenen Möglichkeiten, „einen relevanten Beitrag zu leisten, die Leistungen der anderen bilateralen und multilateralen Geber“, also komparative Vorteile, sowie drittens die internen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Entwicklungsländern (BMZ 2000). Letztere sollten an den seit 1991 gültigen fünf Kriterien der EZ beurteilt werden, also: Beachtung der Menschenrechte, Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozess, Gewährleistung von Rechtssicherheit, Schaffung einer „marktfreundlichen“ Ordnung und Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns (Bulletin 16.10.1991: 893–895). 16 von 49 Staaten im SSA waren nicht mehr auf der Liste vertreten. Auch gemessen an den eigenen Zielvorgaben, war die Schwerpunktbildung zumindest erratisch, reflektierte dadurch aber deutlich die Schwierigkeit, langjährige „Erhöhte“ gegen vermeintliche entwicklungspolitische Notwendigkeiten aufzurechnen.

Dem Anspruch nach hat die deutsche EZ auch in Afrika im Sinne von Querschnittsaufgaben drei inhaltliche Schwerpunkte: Armutsbekämpfung, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie Bildung und Ausbildung. In der Praxis, so zeigt es eine Zuordnung der bilateralen ODA-Zusagen für die Jahre 1997 und 1998, setzt sich diese Schwerpunktbildung langsam auch tatsächlich durch. So konnte der vergleichsweise hohe, weil kaum armutsorientierte EZ-Anteil für wirtschaftliche Infrastruktur und Dienste von 19,9% (1997) auf 11,8% (1998) deutlich reduziert werden, während die Ausgaben für soziale Infrastruktur und Dienste im gleichen Zeitraum von 36,8% auf 42,1% stiegen (BMZ Stat-03a, 14.10.1999; <http://www.bmz.de>).

3.4 Entschuldungsinitiative

Ein zentrales entwicklungspolitisches Anliegen der rot-grünen Regierung stellte die Entschuldung dar. Auf dem Kölner G7-Gipfel setzte sich die Bundesregierung 1999 massiv für eine „Entschuldungsinitiative“ ein, die bis zu 36 *highly indebted poor countries* (HIPC) betreffen und ein Finanzvolumen von ca. \$ 60–70 Mrd. umfassen sollte (<http://www.bmz.de/aktuell/spezial005/s2.htm>).⁷ Die eingesparten Mittel waren für die Armutsbekämpfung vorgesehen. Neben formalen Kriterien⁸ wurde die Qualifizierung für einen Schuldenerlass an *good governance* und eine konsistente Strategie zur Armutsbekämpfung geknüpft (BMZ 1999). Der deutsche Anteil an dieser Initiative wurde vom BMZ auf bis zu DM 9 Mrd. gegenüber 30 Ländern beziffert, wobei sich die bilateralen Schulden der betreffenden Staaten auf insgesamt ca. DM 10 Mrd. beliefen. Von den DM 9 Mrd. entfielen ca. DM 5 Mrd. auf Handelsschulden, einschließlich Altschulden gegenüber der DDR, und ca. DM 4 Mrd. DM auf Schulden aus der Finanzialen Zusammenarbeit (FZ). Wobei bereits unter den alten HIPC-Regeln ein Schuldenerlasspotenzial im Bereich Handel von knapp DM 3,8 Mrd. DM bestand,

durch die neuen Regeln also DM 1,5 Mrd. DM zusätzlich einbezogen wurden. Bei den FZ-Schulden wurde die erlassfähige Summe um DM 2,8 Mrd. erhöht; konkret betraf dies Kamerun, Ghana, Senegal und die Côte d'Ivoire.

3.5 Administrativer Abbau

Nicht nur die EZ-Zahlen verweisen auf die anhaltende Marginalisierung Afrikas in der deutschen Aussenpolitik. Dieses Bild wird auch durch administrative Indikatoren gestützt. Hatte Bonn Afrika einst aus Gründen der Systemkonkurrenz im Wettstreit mit der DDR mit einem dichten Netz von Botschaften, Goethe-Instituten und Vertragswerken überzogen (Engel/Schleicher 1998: 34ff.), so zog mit dem Ende des Kalten Krieges wie auch der Apartheid eine Normalität in die Afrikapolitik ein, die zu einer deutlichen Reduzierung auch des administrativen Aufwandes und der deutschen Präsenz in Afrika führte. Die Zahl der Afrikareferate im Auswärtigen Amt wurde im Juli 1998 um eines auf zwei und damit wieder auf den Stand von 1986 verringert. Aus finanziellen Gründen hatte das Amt bereits 1997 begonnen, auch die Zahl seiner Auslandsvertretungen zu reduzieren. Binnen drei Jahren schloss das Auswärtige Amt zwischen 1997 und 1999 acht seiner damals 37 Botschaften in Afrika südlich der Sahara (Mogadishu, Monrovia, Bangui, Brazzaville, Bujumbura, Freetown, N'Djamena und Niamey).⁹

Parallel hierzu wurde mit der Neubesetzung von elf der 29 Botschafterposten in SSA im zweiten Halbjahr 1999 ein Revirement vollzogen, das in der Geschichte der deutschen Afrikapolitik ohne Beispiel ist (seit Antritt der Regierung sind 13 Botschafter im SSA neu ernannt worden). Unklar ist allerdings, in welchem Ausmass hier eine „nachholende“ parteipolitische Personalpolitik im Vordergrund stand, der – terminlich misslungene – Versuch, vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft im Januar 1999, das Personaltableau zu arrondieren, oder schlichter Zufall. Die dauerhafte Wiederbesetzung des Postens des langjährigen Afrika-Beauftragten gelang nach dem Wechsel von Harald Ganns auf den Posten des Botschafters in Pretoria (August 1998) erst mit der Ernennung von Helga Gräfin von Strachwitz im Februar 1999. Damit etablierte sich übrigens eine kleine „Tradition“ der administrativen *cohabitation*: Während das SPD-Mitglied Ganns als proaktiver Afrikanist galt, scheint von Strachwitz eher die strukturalistische Tradition des Amtes zu verkörpern.

3.6 Krisenprävention: Vom Symbolismus zur afrikapolitischen Substanz?

In Ermangelung harter Interessen ist deutsche Afrikapolitik in der Vergangenheit nur allzu häufig auf die Abwicklung von EZ und die Verwaltung eines Gefächts von bilateralen Verträgen beschränkt gewesen (Engel i.E.; Hofmeier 1998). Eine partielle Aufwertung des Kontinents wurde zuweilen durch eine intensivierte

Besuchsdiplomatie angedeutet, zuletzt 1987/88, ging in aller Regel jedoch nicht mit inhaltlichen, gestalterischen Überlegungen einher (Engel/Schleicher 1998: 79ff.). Für ein seriöses Urteil über Frequenz, Status und Funktion der Berliner Reisediplomatie ist es noch zu früh. Deutlich erkennbar ist jedoch eine Verlagerung des bislang praktizierten Symbolismus: Erstmals seit den Tagen der deutschlandpolitischen Instrumentalisierung Afrikas unter den Vorzeichen der Hallstein-Doktrin schenkte das aussenpolitische System Afrika nach 1998 wieder vermehrte Aufmerksamkeit, indem man es zum primären Gegenstand eines mit viel Verve propagierten aussenpolitischen Paradigmas erhob, der Konfliktprävention. Seitdem dieses Thema im Rahmen eines klassischen Normentransfers auf mindestens zwei Wegen Deutschland erreicht hat – zum einen im Zuge der sicherheitspolitischen Diskussion über präventive Diplomatie und Sicherheitsarrangements (UN, OSZE, WEU), zum anderen in Folge der stärker entwicklungspolitischen Debatte über „strukturelle Stabilität“ (EU-Kommission, UNDP) –, hat es unter der rot-grünen Koalition ohne Frage eine hohe Aufmerksamkeit erhalten. Dies gilt zumindest für die politische Ebene, in der Administration vollzog sich diese Normenübernahme zunächst weniger rasch und eindeutig. Auch hier kann kein abschließendes Urteil gefällt werden. Noch hat es den Anschein, als würde die analytische Diskussion unter den beteiligten Akteuren der Herausforderung nicht gerecht, noch sind institutionelle Arrangements zu schwach und ungerichtet, vor allem aber mangelt es – wie allerdings nahezu überall in der Welt – an der Entwicklung adäquater Instrumente. Gleichwohl hat es aber auch den Anschein, als könnte das Thema „Krisen- und Konfliktprävention“ die Funktion bekommen, die längst überfällige Politisierung der deutschen Afrikapolitik einzuleiten.

4. Kontinuität und Wandel

Zur Halbzeit der Legislaturperiode der ersten rot-grünen Bundesregierung überwiegen in der deutschen Afrikapolitik die Kontinuitätslinien. Dies gilt für die fortschreitende Marginalisierung des Kontinents im Aussenhandel und der weiterhin rückläufigen EZ, aber auch weite Teile der Programmatik – so denn überhaupt eine spezifisch auf Afrika abgestellte Konzeption erkennbar ist (Engel 2000). Afrikapolitik wird im Rahmen der Südpolitik betrieben. Gestützt auf den seit Mitte der 1980er Jahre existierenden parteiübergreifenden entwicklungspolitischen Konsens hat sich die Regierung Schröder in die Tradition der bereits 1968 unter dem ersten SPD-Nachkriegskanzler verkündeten „Leitlinien deutscher Afrika-Politik“ (Bulletin 17.5.1968: 533–536), den 1993 verabschiedeten „Leitlinien von Accra“ (Bulletin 25.5.1993: 409f.) und des 1998 vom BMZ vorgelegten „Konzepts für die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas südlich der Sahara“ gestellt. Dem *mainstream* der internationalen entwicklungspolitischen Diskussion Rechnung tragend wurden dabei programmatische Innovationen im Zuge eines Normentransfers integriert.

Im Rahmen von Demokratisierungspolitik und Konfliktprävention bewegt sich die Bundesregierung in einem ausgesprochen interventionistischen Diskurs, ohne dessen Konsequenzen indes vollends untersucht, geschweige denn operationalisiert zu haben. Die afrikapolitische Phase einer versuchten politischen Rekonstruktion des Kontinents dauert damit auch unter Rot-Grün an.

In Ermangelung „harter“ afrikapolitischer Interessen wird die afrikapolitische Identität der Bundesrepublik Deutschland und ihr Rollenverhalten weiterhin durch drei Konstanten determiniert, zu denen neben dem bundesdeutschen Gründungskonsens von (antikommunistischer) Parteiendemokratie und sozialer Marktwirtschaft eine tiefverwurzelte Europäisierung der deutschen Aussenpolitik zählt, deren Kern wiederum die Partnerschaft mit Frankreich ausmacht (Engel i.E.).¹⁰ Prinzipiell demonstriert dabei auch die Afrikapolitik der Regierung aus SPD und B90/Grüne, dass sich das Zivilmacht-konzept evolutionär als „Ergebnis historischer Lern- und Adaptionsprozesse“ durchgesetzt hat (Kirste/Maull 1996: 309).

Abstracts

Two years after Germany's first Red-Green government coalition has been voted into power, little has changed in her Africa policy. While some innovations have been introduced (such as the G7-initiative on debt cancellation or the strong emphasis on conflict prevention), Africa continues to be marginalised in terms of trade and development assistance. Administrative capacities devoted to German-African relations have been further dismantled. Although Germany is a prime actor in Africa, her Africa policy still lacks 'hard' political or economic interests and, therefore, persistently is determined by Germany's embedded liberalism (political and economic) as well as a strong sense of 'Europeanization' of her foreign policy in general. Germany's Africa policy, thus, can be seen as a minor, but integral part of the post-Cold War foreign policy of a 'civilian power'.

Zwei Jahre nachdem in Deutschland erstmals eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und Grünen an die Regierung gekommen ist, hat sich in der Afrikapolitik wenig geändert. Während einige Innovationen eingeführt wurden (wie etwa die G7-Initiative über den Schuldenerlass oder die Betonung der Konfliktvermeidung), bleibt Afrika in puncto Handel und Entwicklungszusammenarbeit weiterhin marginalisiert. Administrative Kapazitäten im Bereich der Beziehungen Deutschland – Afrika wurden weiter abgebaut. Obwohl Deutschland in Afrika ein zentraler Akteur ist, fehlen seiner Afrikapolitik dennoch „harte“ politische oder ökonomische Interessen. Die Afrikapolitik ist vielmehr im Kontext des politischen und ökonomischen Liberalismus Deutschlands und der allgemeinen „Europäisierung“ seiner Aussenpolitik zu sehen. Deutschlands Afrikapolitik kann insgesamt als eher unwichtiger aber integraler Bestandteil der Aussenpolitik einer „zivilen Macht“ nach dem Ende des Kalten Krieges gesehen werden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Interviews mit Wicorek-Zeul und Utsch Eid in: *Entwicklung + Zusammenarbeit*, 40 (1999) 1: 8–10 bzw. 11–13, sowie Regierungserklärung 19.5.2000.
- 2 Vgl. http://www.auswaertiges-amt.de/6_archiv/2/r/R990127a.htm.
- 3 Diese Reise (27.3.–2.4.2000) führte den Minister nach Nigeria, Südafrika und Mosambik sowie Cairo zum Gipfeltreffen von EU und Afrika. Im Vorjahr hatte Fischer in Dakar an einer Konferenz über das Lomé-Folgeabkommen teilgenommen (7.–9.2.1999).
- 4 Rede Fischers vor dem South Africa Institute of International Affairs, Johannesburg, 21.3.2000 (http://www.auswaertiges-amt.de/2_aktuelle/index.htm). Vgl. auch die Ausführungen von Staatsminister Volmer (B90/Grüne) vor den in Berlin akkreditierten Botschaftern aus Afrika zum „Africa Day“ am 25.5.2000 (ebd.).
- 5 Zur europäischen Vision Fischers vgl. dessen „private“ Rede „Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“, gehalten vor der Berliner Humboldt-Universität am 12.5.2000 (http://www.auswaertiges-amt.de/2_aktuelle/index.htm).
- 6 Unklar blieb, wie sich die Forderung nach angemessener Repräsentanz von Minderheiten sowie Demokratisierung von Polizei und Armee zu diesen universellen Zielen verhielt – und wo, wie und wann sie gegebenenfalls operationalisiert werden sollte.
- 7 Die \$70 Mrd. teilten sich wie folgt auf: \$20 Mrd. bezogen sich auf an die Regierungen übergegangene Handelsforderungen, die im Rahmen des Pariser Clubs verhandelt wurden, weitere \$20 Mrd. betrafen EZ-Schulden, \$5 Mrd. waren Schulden gegenüber privaten Gläubigern und Regierungen ausserhalb des Pariser Clubs und \$25 Mrd. Schulden gegenüber Weltbank, IMF, regionalen Entwicklungsbanken und anderen kleineren, subregionalen multilateralen Gläubigern. BMZ 1999.
- 8 Schuldenstand (Gegenwartswert) von mehr als 150% der Exporte oder mehr als 250% der Staatseinnahmen (außerdem eine Exportquote von mindestens 30% des BIP und eine Staatseinnahmenquote von mindestens 15% des BIP). Aus Afrika würden sich danach die folgenden 30 Staaten qualifizieren: Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Burundi, Chad, Côte d'Ivoire, Congo, DR Congo, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mozambique, Niger, Rwanda, Sao Tomé/Prinzip, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tansania, Togo, Uganda, Zambia und ZAR.
- 9 Bereits 1994 war die Botschaft in Maseru geschlossen worden.
- 10 Dies erklärt gleichzeitig, warum ein mögliches DDR-Erbe in der Afrikapolitik 1990 keine Rolle spielte (Engel/Schleicher 1998).

Literatur

- AA (Auswärtiges Amt). <http://www.auswaertiges-amt.de/>.
- Betz, Joachim. 1996. Die Demokratieexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Hanisch, R. Hg. *Demokratieexport in die Länder des Südens? Hamburg: Schriften des Deutschen Übersee-Instituts*; 35, 203–230.
- Bley, Helmut, Rainer Tetzlaff. Hg. 1978. *Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik*. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt aktuell 4270.
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft). 2000. *Tagesnachrichten Nr. 1099: Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit den Ländern Afrikas 1999*, 28.4.2000 (<http://www.bmwi.de/>).
- BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). <http://www.bmz.de>.
- BMZ. 2000. *Schwerpunktsetzung in der Entwicklungszusammenarbeit*. Bonn 14.4.2000 (mimeo).
- BMZ. 1999. *Entschuldung*. Bonn: BMZ aktuell 007.

- BMZ. 1998. *Konzept für die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas südlich der Sahara*. Bonn: BMZ aktuell 089.
- BMZ. 1971. *Die Entwicklungspolitische Konzeption der Bundesrepublik Deutschland und die Internationale Strategie für die Zweite Entwicklungsdzade*. Bonn.
- Bulletin (des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung). Bonn.
- Engel, Ulf (i.E.). *Die Afrikapolitik der Bonner Republik 1949–1999*. Afrikapolitische Rollen und Identitäten. Hamburg: Lit Verlag.
- Engel, Ulf. 2000. Still in search of a political agenda: Germany's Africa Policy under the Red-Green government 1998–99. *African Affairs*, 99: 113–118.
- Engel, Ulf und Hans-Georg Schleicher. 1998. Die beiden deutschen Staaten in Afrika: Zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949–1990. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.
- Hofmeier, Rolf. 1989–99. *Deutsch-afrikanische Beziehungen*. In: *Afrika Jahrbuch 1988ff.* Opladen: Leske + Budrich (Hf.).
- Hofmeier, Rolf. 1996. Das subsaharische Afrika: Stiefkind der außenpolitischen Aufmerksamkeit. In: Kaiser, K., J. Krause. Hg. *Deutschlands neue Außenpolitik*. Band 3: Interessen und Strategien. München: Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Reihe: Internationale Politik und Wirtschaft, 62: 203–210.
- Hofmeier, Rolf. 1990a. Afrikas außenwirtschaftliche Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland: Entwicklungstendenzen und Stellenwert. *Nord-Süd aktuell*, 4, 4: 527–533.
- Hofmeier, Rolf. 1990b. Politische Konditionierung von Entwicklungshilfe in Afrika: Neue Form der Einmischung oder legitime Unterstützung von Demokratiebestrebungen? *Afrika Spectrum*, 25, 2: 167–177.
- Hofmeier, Rolf et al. Hg. 1981. *Die wirtschaftliche und rohstoffpolitische Bedeutung Afrikas und seiner einzelnen Regionen (Südafrika, Schwarzafrika, Nordafrika) für die Bundesrepublik Deutschland*. Hamburg: Arbeiten aus dem Institut für Afrika-Kunde, 27.
- Kaiser, Karl. 1995. *Deutsche Außenpolitik in der Ära des Globalismus*. Zwischen Interdependenz und Anarchie. Internationale Politik und Gesellschaft, 50, 1: 27–36.
- Katzenstein, Peter J. Hg. 1997. *Tamed Power. Germany in Europe*. Ithaca/N.Y.
- Kirste, Knut, Hanns W. Maull. 1996. *Zivilmacht und Rollentheorie*. Zeitschrift für internationale Beziehungen, 3, 2: 283–312.
- Mair, Stefan. 1996. *Deutsche Interessen in Afrika südlich der Sahara. Definitionsversuche*. Ebenhausen/Isartal: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- OECD DAC (Organisation for Economic Co-operation and Development. Development Assistance Committee). <http://www.oecd.org/dac/htm/dacstats.htm#Dactables>.
- Peters, Ingo. 1997. Vom „Scheinzwang“ zum „Scheinriesen“ – deutsche Außenpolitik in der Analyse. *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, 4, 2: 361–388.
- Regierungserklärung. 2000. „Frieden braucht Entwicklung“ vom 19.5.2000 (<http://www.bmz.de/infothek/rede2000051901.htm>).
- SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands). *Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und B90/Grüne v. 20.10.1998*, zit nach: <http://www.spd.de>.
- Statistisches Bundesamt. <http://www.statistik-bund.de>.
- Steinweg, Reiner. Red. 1982. *Hilfe + Handel = Frieden? Die Bundesrepublik in der Dritten Welt*. Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp NF 97. *Friedensanalysen* 15.
- Winkler, Gero. 1984. *Deutsch-Afrikanischer Außenhandel 1933–1983*. In: *Afrika-Verein e.V.* Hg. *Afrika. 50 Jahre Wirtschaftspartnerschaft*. Hg. anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Afrika-Verein e.V., Pfaffenhofen: 185–198.

Ulf Engel, Universität Leipzig, Institut für Afrikanistik,
 Burgstrasse 21, D-04109 Leipzig
 e-mail: uengel@rz.uni-leipzig.de